



## Taxi- und Mietwagenverband Deutschland

Taxi- und Mietwagenverband Deutschland e.V. · Wilhelmstraße 77 · 10117 Berlin

### **Brandbrief an die Bundstagsabgeordneten der CDU/ CSU-Bundstagsfraktion**

per Mail

Berlin, den 11.03.2025

### **Nein zu 15 Euro Mindestlohn! Schützen Sie das mittelständische Taxi- und Mietwagengewerbe!**

Sehr geehrte Damen und Herren  
Abgeordnete der CDU/ CSU - Bundstagsfraktion,

Sie alle wissen aus Ihren Wahlkreisen und aus den Kontakten zu Verbänden und mittelständischen Betrieben in Ihrer Heimat, **dass der Mittelstand in unserem Land in einer extrem schwierigen wirtschaftlichen Lage ist** und endlich eine nachhaltige Entlastung, die diesen Namen verdient, die oberste Priorität sein muss. Der Mittelstand ist treu, verlässlich, verlagert seinen Sitz nicht ins Ausland und ist das Rückgrat der deutschen Wirtschaft.

**Umso schwerer wiegen die Zahlen der aktuellen KfW-Studie, dass mehr als 500.000 deutsche Mittelständler vor der Betriebsaufgabe stehen. In solch einer Krisensituation muss alles unterlassen werden, was die Existenz von Betrieben und die Zukunft von Arbeitsplätze- und Ausbildungsstellen infrage stellt.**

Für unser Taxi- und Mietwagengewerbe können wir klar feststellen:

**Ein flächendeckender Mindestlohn von 15 Euro würde wie ein Todesturbo das Taxisterben noch beschleunigen.**

Zu einer existenzbedrohenden Mindestlohn-Steigerung kommen noch explodierende Energiekosten hinzu. Und schon jetzt sieht sich das Taxi- und Mietwagengewerbe einem knallharten Verdrängungswettbewerb durch die Raubtierkapitalisten von Uber & Co ausgesetzt.

Um es klar zu sagen: Selbstverständlich stehen wir als mittelständisches Taxi- und Mietwagengewerbe, die wir die Werte des Ehrbaren Kaufmanns jeden Tag leben, zu guten Löhnen für gute Arbeit und unterstützen die unabhängige Arbeit der Mindestlohnkommission.

**Wir verwahren uns aber aufs schärfste gegen politisch festgelegte Mindestlöhne, was unserem Grundprinzip der Tarifautonomie im Kern zuwiderläuft. Dies ist ja auch ein Pfeiler Ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Überzeugung als Christdemokraten und Christsoziale.**

**Bleiben Sie bitte bei dieser Linie und lassen einfach die unabhängige Mindestlohnkommission in der Mitte des Jahres über den Anstieg entscheiden und lassen die Finger von einem politischen Mindestlohn weg!**

Wir lesen sehr wohl im Sondierungspapier die diplomatische Formel, auf die sie sich mit den Sozialdemokraten geeinigt haben: „Auf diesem Weg ist ein Mindestlohn von 15 Euro im Jahr 2026 erreichbar.“

Aber mit Verlaub: Diese rhetorische Finesse, dass der Mindestlohn dadurch nicht festgeschrieben, sondern nur als „erreichbar“ dargestellt wird, ist in der Realität doch politische Augenwischerei - und das wissen Sie. Selbstverständlich wird bei solch einem grundsätzlichen Bekenntnis die SPD als Koalitionspartner alles dafür tun, dass 2026 dieser existenzzerstörende Mindestlohn von 15 Euro auch kommt.

**Wir könnten solch eine immense Kostensteigerung nicht meistern**, viele Betriebe sind seit Corona auf harter Kante genäht und kämpfen jeden Monat ums Überleben. Wir müssten diese genauso wie Gastronomen, Bäcker, Konditoren, Lebensmittelhändler, Friseure, der ganze Einzelhandel, die Landwirtschaft und die Logistikbranche **an die Kunden weitergeben**, was in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten nicht nachvollziehbar ist.

Da wir als Taxi- und Mietwagengewerbe aber selbst gar nicht unsere Tarife verändern können, müssten **flächendeckend in den Stadt- und Landkreisen deutschlandweit neue Verhandlungen über Tarife** stattfinden.

Die letzte politisch gesteuerte Mindestlohnerhöhung auf 12 Euro zeigte bereits schwerwiegende Folgen, insbesondere in personalintensiven Branchen wie, Landwirtschaft, Fleischverarbeitung, Logistik und Einzelhandel.

**Höhere Löhne in der Lebensmittelproduktion** führten zu einer Kostensteigerung von **7,77 % bis 11,10 %** in der Landwirtschaft und der verarbeitenden Industrie, in der **Logistikbranche** verteuerte sich der Transport und Vertrieb von Waren um **11,10 % bis 16,00 %** und **in Zulieferbetrieben** stiegen die Materialkosten für Produzenten um **6,66 % bis 10,00 %** an.

Durch die wechselseitige Verstärkung dieser Effekte kam es zu einer **Kostensteigerung von insgesamt 12-16 % entlang der gesamten Wertschöpfungskette**.

Die Konsequenzen dieser Entwicklung waren gravierend und würden es auch wieder sein:

- **Lebensmittelpreise sind in der Folge erheblich gestiegen** und belasten besonders einkommensschwache Haushalte.
- **Mittelständische Unternehmen stehen unter einem enormen wirtschaftlichen Druck**, während große Konzerne die höheren Kosten leichter auffangen können.
- Durch die verstärkte Preisdynamik in mehreren aufeinanderfolgenden Wirtschaftssektoren wurde die **Inflation maßgeblich befeuert**.

Das letzte, was wir in Deutschland brauchen, ist eine noch **zusätzliche massive Teuerung durch eine Mindestloohnerhöhung um 17 Prozent**, die durch die gestiegenen Kosten wieder aufgefressen werden würde.

Ein besonders kritischer, häufig nicht beachteter Punkt ist die Finanzierung der Krankenkassen. Taxen und Mietwagen **erbringen einen erheblichen Anteil der Krankenfahrten** für gesetzlich Versicherte. Die Zahlen sind eindeutig:

- Eine neue Erhöhung auf **15 Euro** wird zu einer weiteren Steigerung der Krankenfahrtkosten um **16,46 %** führen.
- Die gesetzlichen Krankenkassen müssten dadurch **1,32 Milliarden Euro** pro Jahr zusätzlich aufbringen.
- Der **Zusatzbeitrag der GKV** würde allein durch diesen Effekt um **0,46 Prozentpunkte** steigen.

Das würde bedeuten, dass alle gesetzlich Versicherten mit **höheren Krankenkassenbeiträgen** belastet werden, um diese Maßnahme zu finanzieren. Dies steht in einem klaren Widerspruch zur Entlastungspolitik für Arbeitnehmer und Unternehmen.


Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete der Unionsfraktion,

wir haben mit den Verkehrspolitikern Ihrer Fraktion in den Zeiten der Opposition bestens und vertrauensvoll zusammengearbeitet und sind gewiss, dass wir dies auch in der Regierungsverantwortung so fortsetzen.

**Umso eindringlicher appellieren wir an Sie Ihren eigenen Prinzipien treu zu bleiben und fordern Sie, zusammen mit vielen anderen mittelständischen Verbänden eindringlich auf, die Finger von einem politischen Mindestlohn wegzulassen. Es darf keine Einigung auf dem Rücken des Mittelstandes geben.**

Selbstverständlich stehen wir als Taxi- und Mietwagenverband Deutschland jederzeit für Gespräche zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen  
verbleiben wir  
Ihre



Thomas Kroker  
TMV-Präsident



Patrick Meinhardt MdB a.D.  
TMV-Hauptgeschäftsführer